

Samstag
6. Oktober 2012

Fr. 4.00, Ausland: € 3.20 / AZ 8021 Zürich
120. Jahrgang Nr. 233 – Auflage 188 602

Leseglück Literatur kann Heilkräfte entfalten, schreibt Rüdiger Safranski. Aber nur, wenn wir das Lesen üben. 31

Ferienjobs Flaschen leeren, Flugzeuge aufräumen und wie sich Schüler und Studenten die freie Zeit sonst vergolden. 30

Rekordsprung Ein Österreicher will sich am Montag aus 36 km Höhe fallen lassen. 46



Doris Leuthards Energie-Sparziel reicht nicht

Der Bund fasst schon jetzt die Verschärfung des Sparziels ins Auge – weil der Plan sonst nicht aufgeht.

Von Christian Brönnimann, Bern, und Stefan Häne

Um 35 Prozent will Energieministerin Doris Leuthard den Pro-Kopf-Verbrauch von Energie bis 2035 senken. So steht es im Entwurf des revidierten Energiegesetzes. Doch TA-Recherchen zeigen, dass dies nicht ausreicht, um das offizielle «Zielszenario» des Bundesrats zu erfüllen. Um den darin festgelegten absoluten Energieverbrauch 2035 zu erreichen, ist eine Reduktion von rund 43 Prozent des Energieverbrauchs pro Kopf notwendig – vorausgesetzt, die Bevölkerung wächst gemäss der getroffenen Annahme nicht mehr als auf 8,8 Millionen.

Der Widerspruch ist dem Bundesamt für Energie (BFE) bekannt. Es spricht deshalb schon jetzt von einer Revision des Zielwerts. «Im Rahmen der Vorlage für die ökologische Steuerreform kann dann auch das Ziel 2035 angepasst werden», teilt das BFE mit. Die Steuerreform ist ab 2020 geplant.

Der Befund ist wie Wasser auf die Mühlen derjenigen, die Leuthard kritisieren, nicht reinen Wein einzuschenken. Der Widerspruch erstaune ihn nicht, weil die Zahlen der Energiestrategie ohnehin bloss «geschätzt» seien, sagt SVP-Nationalrat Hans Keller (AG). Für Christian

Wasserfallen (FDP, BE) zeigt sich, dass das Projekt «nicht ausgereift» sei. Leuthards Vorgehen berge die Gefahr, dass «alle paar Jahre neue Zielwerte» vorgegeben würden.

Nicht die neuste Prognose

Im Besonderen kritisiert Keller die Annahmen zur Bevölkerungsentwicklung. Diese seien «völlig überholt», sagt er. In der Tat verwendet das BFE nicht die neusten Zahlen. Zehn Tage vor der Präsentation der Energiestrategie hat das Bundesamt für Statistik seine nach oben korrigierte Prognose veröffentlicht.

Angesichts der Polemik warnt Eric Nussbaumer (SP, BL) davor, den Fokus der Ausstiegsdebatte falsch zu setzen. «Es geht nicht um die Frage, wer die beste Zauberkugel für 2050 hat», sagt er. Entscheidend sind aus seiner Sicht die nächsten zehn Jahre: «Wir müssen sicherstellen, dass es mit der Energie- wende nun vorwärtsgeht.» Dieser Ansicht ist auch Thomas Maier (GLP, ZH). Dass ein starkes Bevölkerungswachstum den Atomausstieg verunmöglichen könnte, glaubt er nicht. Je nach technologischer Entwicklung sei es aber möglich, dass sich der Ausstieg deswegen in die Länge ziehe. – Seite 3

Genf sparte 2 Franken – dafür kamen die Unterschriften zu spät

Für einmal hat der Kanton Genf am falschen Ort gespart. Er schickte die von ihm überprüften Unterschriften gegen die Steuerabkommen mit Deutschland, Grossbritannien und Österreich einen Tag vor Ablauf der Sammelfrist per B-Post ans Referendumskomitee. Dort kam das Paket mit über tausend Signaturen einen Tag nach Ablauf der Frist an.

Erst hatte die Genfer Staatskanzlei behauptet, sie habe das Paket per A-Post geschickt. Will heissen: Die Post sei schuld. Gestern teilte die Post mit, dies sei falsch. Darauf räumten die Genfer

ein, das Paket per B-Post verschickt zu haben. Sie hätten wohl besser die Kosten fürs Einschreiben gespart.

Die Schlapereien von Genf und anderen Gemeinden dürften politisch noch zu reden geben. Zur Debatte steht etwa eine Zusatzfrist fürs Bescheinigen der Unterschriften durch die Gemeinden. Dies war bereits 1995 im Nationalrat ein Thema, kam damals aber nicht durch. Stattdessen wurde die Referendumsfrist um zehn Tage verlängert – sozusagen als Entschädigung fürs Risiko, dass Gemeinden schlampfen. (is.) – Seite 5

Sawiris hofft auf VBS-Sportzentrum

Angesichts der harzenden Verkäufe in Andermatt erweist sich das Milliardenprojekt Andermatt Swiss Alps zunehmend als überdimensioniert. Die Chancen stehen aber gut, dass der ägyptische Unternehmer Samih Sawiris Hilfe vom VBS bekommen könnte. Der Bund plant nämlich ein nationales Wintersportzentrum mit 400 Betten. Der Standort soll bis Ende Jahr bestimmt werden. Andermatt hat laut dem VBS die besten Aussichten. Womöglich würde sich der Bund auch an der Resort-Infrastruktur, etwa dem Hallenbad, finanziell beteiligen. Wie das VBS bestätigt, fanden bereits Gespräche mit Sawiris-Leuten statt. – (mso) – Seite 3

SIX-Aktionäre streiten um 700 Millionen

700 Millionen Franken nahm die Schweizer Börse 2011 mit dem Verkauf von Anteilen an der Derivatebörse Eurex ein. Der Verwaltungsrat der SIX Group hat zwar beschlossen, diese Einnahmen in Wachstum zu investieren. Aktionäre, speziell Vertreter von Privatbanken, drängen jedoch darauf, dass zumindest einige Hundert Millionen an die Eigentümer ausgeschüttet werden. Bei dem Seilziehen geht es nicht nur um die Sonderdividende, sondern auch um eine Grundsatzfrage: Während ein Teil der Aktionäre eine Wachstumsstrategie verfolgt, finden andere, die Börse solle sich auf ihre Rolle als Gemeinschaftswerk der Schweizer Banken beschränken. (TA) – Seite 47

Die Stadt will kontrollierte Pyros im Letzigrund dulden



Kommt nach dem Fumoir das Pyroir? Die Stadt Zürich prüft derzeit Möglichkeiten, den Fussballfans das kontrollierte Abbrennen von ungefährlichem Feuerwerk in besonderen Zonen im Letzigrund probeweise zu erlauben. – Kommentar Seite 2, Berichte Seite 17, 60

Heute

Schweiz
Murat Yakin vermietet Basler Liegenschaft an Stripclub

Der frühere Fussballspieler und zurzeit arbeitslose Trainer Murat Yakin ist Mitbesitzer einer Basler Liegenschaft, in der ein Stripclub eingemietet ist. Im Cabaret Elégance arbeiten unter anderem Animierdamen aus der Karibik und aus Osteuropa. Yakin, der das Gebäude 2009 erwarb, sagt: «Solange die Mieten rechtzeitig bezahlt werden, sehe ich keinen Grund, etwas an der Mieterzusammensetzung zu ändern.» – Seite 16

Zürich
Piccard erhielt 1 Million versteckte Subventionen

Bertrand Piccard bezahlt auf dem Flugplatz Dübendorf seit 2007 bis heute nur Nebenkosten, aber keine Miete. Die Armasuisse, welche die Liegenschaften für das VBS vermietet, hat dem Luftfahrtpionier mit einem Gebrauchsleihvertrag total 2160 Quadratmeter zum Nulltarif überlassen. Gemäss Bundesrat ist dem VBS damit bereits ein aufgelaufener Mietwert von 1 Million Franken entgangen. – Seite 19

Kommentare & Analysen

«Ursula Gut ist die letzte Vertreterin des alten Zürcher Freisinns. Und so benimmt sie sich.»

Ruedi Baumann über die Zürcher Finanzdirektorin und ihr Verhalten im BVK-Fall. – Seite 17

Der Mount Everest ist nicht gefährlich, nur weil er der höchste Berg der Welt ist. – Seite 12

Um Spekulationen zu verhindern, muss der Bundesrat dringend die Lex Koller verschärfen. – Seite 13

Kopf des Tages

Markus Lanz hat Albträume vor seiner Premiere als Moderator von «Wetten, dass...?». – Seite 13

Beilage



Denken Frauen mit ihrer Vagina? Expertinnen über «das da unten».

Service

Wetter	14
Leserbriefe	15
Todesanzeigen	26
Gottesdienste	27
Veranstaltungen	34
Fernsehprogramme	37–40
Rätsel	44, 45
Börse	51



Abo-Service 044 404 64 64, www.tagesanzeiger.ch/abo
Redaktion 044 248 44 11, redaktion@tages-anzeiger.ch, Werdstrasse 21, 8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich
Online www.tagesanzeiger.ch, news@newsnetz.ch

Inserate Tel. Annahme: 044 248 41 41 (Mo–Do 8–12 und 13–17.30 Uhr / Fr 8–12 und 13–17 Uhr), www.adbox.ch, inserate@tages-anzeiger.ch
Leserbriefe www.tagesanzeiger.ch/leserforum

Schweiz

Leuthards Ziele widersprechen sich

Würden alle Vorgaben der neuen Energiestrategie erfüllt, reichte die Energie im Jahr 2035 nur für 7,8 Millionen Einwohner. Deshalb sollen die gesetzlichen Zielwerte bald wieder geändert werden.

Von Christian Brönnimann, Bern, und Stefan Häne

Die Zahlenflut aus der Küche von Energieministerin Doris Leuthard ist immens. Und undurchsichtig. Mal berechnen die Experten in ihren Berichten Effizienzziele bezogen auf das Referenzjahr 2000, mal auf das Referenzjahr 2010; mal rechnen sie den Energieverbrauch in Petajoule, mal in Terawattstunden. Ein näherer Blick auf die von Leuthard postulierten Zielsetzungen zeigt nun auch: Die Zahlen sind nicht nur schwer zu durchschauen, sie sind zum Teil auch widersprüchlich.

Einen Zielwert betonte Doris Leuthard letzte Woche vor den Medien besonders: die Senkung des durchschnittlichen Energieverbrauchs pro Person bis 2035 gegenüber 2000 um 35 Prozent. Dieses Reduktionsziel ist in Artikel 4 des Entwurfs des revidierten Energiegesetzes schwarz auf weiss festgehalten. Setzt man die konkreten Zahlen ein, bedeutet das Ziel eine Senkung des jährlichen Energieverbrauchs pro Person von 30 auf 19,5 Megawattstunden.

Reduktion von 43 Prozent nötig
Gleichzeitig hat sich der Bundesrat in seinem offiziellen «Zielszenario» darauf festgelegt, den jährlichen Gesamtenergieverbrauch der Schweiz bis 2035 von aktuell gut 230 Terawattstunden auf 152 Terawattstunden zu senken. Bei einem Pro-Kopf-Verbrauch von 19,5 Megawattstunden reichen diese 152 Terawattstunden für rund 7,8 Millionen Menschen - 200 000 weniger, als heute in der Schweiz leben. Den Widerspruch offensichtlich macht der Umstand, dass der gesamten Energiestrategie ein Modell der Bevölkerungsentwicklung zugrunde liegt, das von einem Bevölkerungswachstum auf gut 8,8 Millionen Einwohner bis 2035 ausgeht.

Das Bundesamt für Energie (BFE) bestreitet die Rechnung auf Anfrage nicht. Jedoch setze das absolute Reduktionsziel von 152 Terawattstunden Energieverbrauch pro Jahr zusätzlich zu den schon präsentierten Massnahmen auch eine ökologische Steuerreform voraus, deren Umsetzung ab 2020 vorgesehen ist. «Im Rahmen der Vorlage für die ökologische Steuerreform kann dann auch das Ziel 2035 angepasst werden», schreibt das BFE. Konkret heisst dies, dass bereits heute geplant ist, das neu in den Gesetzesentwurf aufgenommene

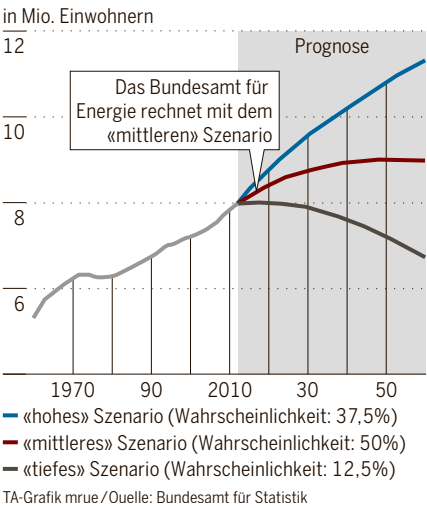


Wer weiss, wie viele Menschen 2035 hier leben? Martigny in der Nacht. Foto: Keystone

Reduktionsziel des Pro-Kopf-Verbrauchs von 35 Prozent wieder zu revidieren. Um die prognostizierten 8,8 Millionen Einwohner dereinst mit 152 Terawattstunden Energie zu versorgen, müsste man ein Pro-Kopf-Reduktionsziel von rund 43 Prozent ins Gesetz schreiben.

Stark unterschätztes Wachstum
Der Widerspruch weist aber noch auf ein tiefer liegendes Problem hin: die unsichere Entwicklung der Bevölkerung über einen so langen Zeitraum. Das Bundesamt für Statistik (BFS) berechnet seit 1984 periodisch Bevölkerungsszenarien für die Schweiz. Das Wachstum der Bevölkerung, so zeigt sich im Rückblick, hat das BFS wiederholt unterschätzt. 1996 etwa rechneten die Statistiker damit, dass die Entwicklung bis 2011 mit 7,5 Millionen Einwohnern einen Höhepunkt erreicht und anschliessend konstant bleibt oder leicht abnimmt.

Entwicklung der ständigen Wohnbevölkerung



Energieeffizienz

Die USA als leuchtendes Vorbild

Was die Schweiz mit der Energiewende anpeilt, ist in Kalifornien seit 30 Jahren Gesetz: Stromproduzenten müssen den Verbrauch senken.

Von Walter Niederberger, San Francisco
Wenn der Ausstieg aus der Atomenergie gelingen soll, kommt die Schweiz nicht darum herum, weniger Strom zu verbrauchen. Wie die Wirtschaft zu gewinnen wäre, zeigt Kalifornien. Der US-Bundesstaat entschied sich schon 1982, den Elektrizitätswerken einen finanziellen Anreiz zu geben, die Kunden zum Stromsparen zu animieren. Dies führte zur Abkopplung der Kundentarife von der Stromproduktion - und damit von Umsatz und Gewinn. Inzwischen sind zwei Drittel aller Bundesstaaten diesen Weg in der Form eines «Decoupling» oder mit einem Ausgleich für entgangene Einnahmen gegangen, oder sie stehen vor einer solchen Umstellung.
«Das zentrale Ziel dieser Massnahmen ist eine grössere Energieeffizienz», sagt Riley Allen, Forschungsdirektor des Regulatory Assistance Project, einer unabhängigen Energieberatungs-Organisation. «Wir haben die Erfahrung gemacht, dass die Stromwirtschaft diese Anreize schätzen lernte, weil die Gewinnziele besser erreicht werden.» Hinter der Abkopplung der Strompreise von der Produktion stand vor 30 Jahren das gleiche Dilemma, in dem die Schweiz heute steckt. Die kalifornischen Stimmbürger entschieden, neben den zwei bestehen-

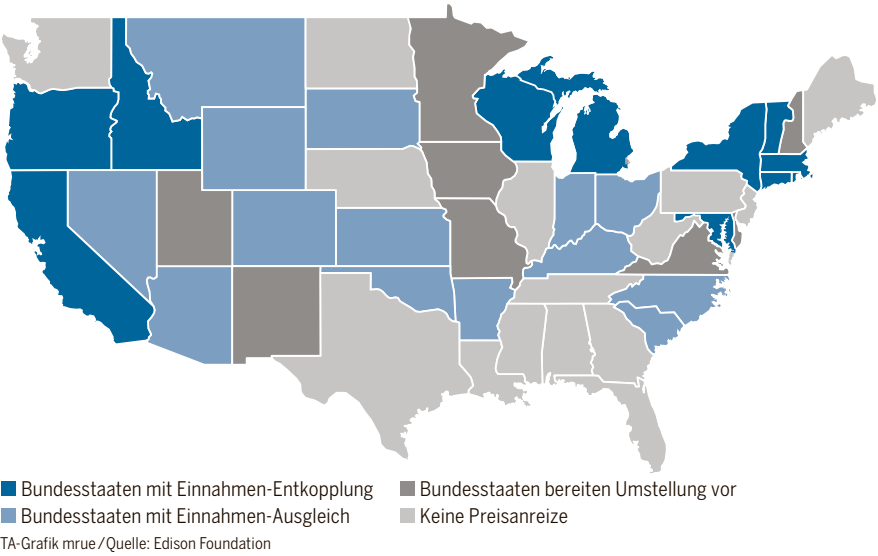
den Atomkraftwerken keine neuen zu bauen. Es wurden strikere Stromverbrauchswerte und Baunormen erlassen, die nur mit dem Einsatz effizienter Energietechniken und Geräte erreicht werden konnten. Damit standen die E-Werke vor dem Problem, nicht mehr gewinnbringend arbeiten zu können. Der Stromverbrauch sank deutlich, aber ihre Kosten stiegen.

Der Ausgleich in Kalifornien wird mit der Entkopplung der Preise erreicht: Die Behörden verpflichten die Versorger, rund 1 Milliarde Dollar jährlich aus den Einnahmen für Sparmassnahmen einzusetzen - und schütten ihnen dafür

450 Millionen Dollar Belohnung aus, sofern die Kunden in genügender Zahl mitmachen. «Energieeffizienz ist die günstigste, schnellste und wirksamste Lösung auch für ein Land wie die Schweiz, das fast 40 Prozent seines Stroms ersetzen muss», sagt Ralph Cavanagh, Energiedirektor der Umweltorganisation National Resource Defense Council in San Francisco.

Die Entkopplung kann unterschiedlich vorgenommen werden; am einfachsten ist ein jährlich festgelegter Garantiepreis. Erreichen die Werke eine vereinbarte Stromeinsparung, erlaubt ihnen die Behörde einen Tarif, der mindestens

Förderung von Energieeffizienz in den USA



2001 schätzte das BFS, die Wohnbevölkerung werde von damals 7,2 Millionen bis 2028 auf 7,4 Millionen wachsen und später wieder sinken. 2006 erfolgte abermals eine Korrektur: auf 8,1 Millionen im Jahr 2050.

8,6 Millionen Einwohner 2021

Die Berechnungen zur Energiezukunft von Leuthards Experten stützen sich auf eine Prognose, die das BFS vor zwei Jahren erstellt hat (8,8 Millionen Einwohner bis 2035). Doch auch diese Daten sind mittlerweile veraltet. Am 18. September

Dossier: Die Energiezukunft
www.energiezukunft.tagesanzeiger.ch

dieses Jahres, zehn Tage vor Leuthards Präsentation der neuen Energiestrategie, publizierte das BFS aktualisierte Zahlen. Demnach steigt die ständige Wohnbevölkerung im entscheidenden «mittleren» Szenario schon nur bis 2021 von aktuell 8 Millionen auf 8,6 Millionen. Weiter hinaus reicht die Berechnung nicht. In der Prognose, auf der die Energiestrategie basiert, waren es für das Jahr 2021 aber 150 000 weniger.

Das BFE bestreitet, schludrig zu arbeiten. «Wir können unsere aufwendigen Berechnungen nicht laufend aktualisieren», sagt Sprecherin Marianne Zünd. Dies wird auch weiterhin nicht geschehen, denn als Grundlage für neue Modellrechnungen braucht das BFE gemäss eigenen Angaben Zahlen bis 2050. Die Energiewende versteht das BFE als «Prozess mit rollender Planung», weil der Atomausstieg von verschiedenen Entwicklungen abhängt, die es mit einem umfassenden Monitoring zu beobachten gelte, so auch die technologische und volkswirtschaftliche.

Dass das BFE das Bevölkerungswachstum aus politischen Gründen zu tief ausweist - diesen Vorwurf weist Zünd zurück: «Die Auswahl des gewählten Bevölkerungsszenarios wurde von Perspektivenfachleuten aus der ganzen Bundesverwaltung getroffen.» Das BFE verhehlt jedoch nicht, dass ein starkes Bevölkerungswachstum wie beim «hohen» Szenario mit über 11 Millionen Einwohnern 2060 den Atomausstieg erschweren würde. In diesem Fall, so Zünd, müssten die Effizienzmassnahmen noch besser werden. Zudem gebe es die Option, mehr Strom zu importieren oder Gaskombikraftwerke zu bauen.

Samih Sawiris hofft auf die Hilfe des Bundes

Das VBS könnte das geplante Wintersportzentrum in Andermatt bauen. Das würde Sawiris helfen, die Infrastruktur besser auszulasten.

Von Michael Soukup

Die Verkäufe der Ferienappartments im neuen Andermatt Resort laufen nicht so gut wie erhofft. Wenn zu wenig Gäste nach Andermatt kommen, würde sich das früher oder später auch negativ auf die geplante Vergrösserung und Modernisierung des Skigebiets auswirken.

Doch nun könnte die Schweizer Armee Samih Sawiris einmal mehr Glück bringen. Nachdem das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) dem ägyptischen Investor bereits sein Land in Andermatt zu einem Schnäppchenpreis verkaufte, stehen die Chancen gut, dass der Staat ihm noch die dringend benötigten Feriengäste bringt. Das dem VBS unterstellte Bundesamt für Sport (Baspo) prüft zurzeit, wo es sein nationales Wintersportzentrum bauen könnte. Es will damit in erster Linie Kinder und Jugendliche für den Wintersport begeistern.

Standortentscheid bis Ende Jahr

«Die Machbarkeitsstudie soll bis Ende Jahr abgeschlossen sein», bestätigt Baspo-Sprecher Kurt Henauer auf Anfrage. Zwar hofft gemäss dem «Berner Oberländer» auch das Haslital auf den Zuschlag. «Aber Andermatt als zentral gelegener und schneesicherer Skiort hat Priorität für uns», so Henauer. Für Andermatt spreche auch das bereits vorhandene bundeseigene Schneesport-Ausbildungszentrum für Sportstudenten und J+S-Leitende.

Die Dimensionen des Wintersportzentrums sind eindrücklich: Geplant ist eine Unterkunft mit 400 Betten. Es käme genau neben dem von Sawiris geplanten Sportzentrum zustande. Kurt Henauer: «Ob und wie sich der Bund am Bau des von Sawiris geplanten Hallenbades beteiligen würde, ist noch offen.» Entsprechende Gespräche hätten aber bereits stattgefunden. Angesichts des Umsatz- und Gewinneinbruchs bei der Orascom Development könnte Sawiris eine substanzielle Geldspritze des Bundes gut gebrauchen.

Zwar hat Sawiris nie konkrete Zahlen kommuniziert, aber ein Immobilienexperte hat im Auftrag des TA errechnet, dass sich das Investitionsvolumen für das Sportzentrum auf bis zu 50 Millionen Franken belaufen könnte.

«Ein Spa mitten im neuen Dorf»

Ein gewichtiger Grund, mit dem der ägyptische Investor die Andermatt von seinem Milliardenprojekt überzeugen konnte, war das Versprechen, ein grosses, öffentlich zugängliches Sportzentrum zu bauen. Auf der Website der Sawiris-Firma Andermatt Swiss Alps AG (ASA) wird das Projekt angepriesen: «Gönnen Sie sich die Entspannung in einem nach modernsten Erkenntnissen konzipierten Sportzentrum mit Spa mitten im neuen Dorfteil. Ganzjähriges Freizeitvergnügen verspricht das Indoor-Sportzentrum mit einem breit gefächerten Wellnessprogramm inklusive Schwimmen und Fitnesstraining.»

In diesen Tagen hätte die Andermatt Swiss Alps AG über die konkreten Pläne informieren sollen, die Eröffnung des Zentrums war bereits auf den 1. Dezember 2013 vorgesehen. Doch nun sind die Pläne vorerst auf Eis gelegt: «Ein Baugesuch wurde noch nicht eingereicht», bestätigt eine ASA-Sprecherin.

Bau des Luxushotels verschoben

Wie Recherchen des TA zeigen, läuft auch der Bau des Luxushotels Radisson Blue Resort nicht nach Plan. Im Sommer 2010 gab die Rezidor Hotel Group bekannt, nächstes Jahr in Andermatt ein Luxushotel mit über 240 Zimmern, einer Konzerthalle für 700 Besucher und 1700 Quadratmeter Konferenzfläche eröffnen zu wollen. Nach Informationen des TA liegt eine Baubewilligung noch nicht vor. Eine Sprecherin der Rezidor Hotel Group teilt mit, dass die Eröffnung des Hotels auf das dritte Quartal 2014 verschoben worden sei.